

**Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises
am 19. Oktober 2022 in Adelsheim-Sennfeld**

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler

durch Volker Rohm

zu TOP 1

Abfallwirtschaftskonzept 2023

und TOP 2

Änderung der Anstaltssatzung der Kreislaufwirtschaft Neckar-Odenwald AöR (KWIn)

Durch notwendige Änderungen Chancen nutzen

Sehr geehrter Herr Landrat und Mitglieder der Verwaltung,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste.

Aufgrund geänderter gesetzlicher Vorgaben, einer angestrebten hohen Weiter- oder Wiederverwertung von Abfällen aus ökol. Gründen wie auch unter dem Druck der aktuellen Kostensteigerungen stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, ein verändertes Abfallwirtschaftskonzept erstellen und umsetzen zu müssen - ohne dem Bürger noch weitere Mehrkosten aufzuerlegen bzw. diese weiterzugeben.

Regelrecht eine Quadratur des Kreises, der sich Vorstand, Verwaltungsrat und Ausschuss stellen mussten, um die Pflichtaufgabe der Abfallentsorgung auf gewohnt hohem Niveau weiterhin zu gewährleisten und andererseits Einsicht und Akzeptanz für Veränderungen zu erhalten.

Keine leichte Aufgabe, zumal es schon immer für wenig Begeisterung, sondern meist zu herber Kritik führte, wenn Neuerungen anstehen und Leistungen eingeschränkt, liebgewonnene, aber unwirtschaftliche Gewohnheiten überprüft und ggf. aufgegeben werden sollen bzw. müssen.

Deshalb ist es uns Freien Wählern, wie sicher allen Mitgliedern im Kreistag, wichtig, dass durch entsprechende Transparenz, Sachlichkeit, Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung die Bürger mitgenommen werden.

Dass jeder einzelne seine Verantwortung begreift und ihr auch gerecht wird, dass in einer noch konsequenteren Trennung und damit noch höheren Verwertung im Stoffkreislauf Notwendigkeit wie auch Chancen für die Zukunft für uns und Folgegenerationen liegen.

Mit dem vorgestellten Eckpunktepapier bleibt nicht alles besser, sondern steht eine Systemänderung oder besser -anpassung an.

Weiterhin bestimmen Grundgebühr und Volumen des Restmüllbehälters die individuellen Kosten, jedoch werden weniger genutzte oder unwirtschaftliche Nebenleistungen eingestellt oder künftig bepreist.

Für die Mehrzahl der Bürger die größte Änderung ist zweifelsohne die Umstellung auf 3-wöchige Leerung der Restmülltonne. Hier gilt es vor allem, die Haushalte mit Windelträgern mitzunehmen und Notwendigkeit und Vorteil der konsequenten Trennung von Rest- und Biomüll zu vermitteln und vorurteilsfrei gemeinsam Erfahrungen zu sammeln.

Nach den vorgestellten Erhebungen werden nämlich durch konsequente Nutzung der BioEnergie-Tonne (BET) Kapazitäten beim Restmüllvolumen frei und gleichzeitig die hochwertige Ressource aus Küchenabfällen und Grüngut einer hochwertigen Nutzung zugeführt.

Straßensammlungen entfallen oder werden nur noch auf Anforderung gegen Gebühr durchgeführt, Freimengen bei z.B. Sperrmüllanlieferung fallen ebenfalls weg. Im Vergleich zu anderen Kreisen ist der Neckar-Odenwald-Kreis jedoch - auch im Hinblick auf Entsorgungsmöglichkeiten auf Grüngutplätzen oder Wertstoffhöfen - überdurchschnittlich gut aufgestellt und das soll auch so bleiben.

Nach Diskussion und Abwägung aller Argumente stimmen die Freien Wähler dem künftigen Abfallwirtschaftskonzept zu, werden aber die Akzeptanz und Erfahrungen der Bevölkerung wie auch der KWiN verfolgen und wir sprechen uns für eine Kontrolle (neudeutsch „Evaluation“) der Wirksamkeit und des Erfolgs der künftigen Vorgehensweise aus.

Im Vorgriff auf den TOP 2 dieser Sitzung darf ich schon jetzt sagen, dass wir Freien Wähler der vorgeschlagenen Satzungsänderung der KWiN zustimmen werden.

Vorausschauende Aufgabenerfüllung benötigt Entwicklungsstrategien und nachhaltige Personalentwicklung. Hier dem bisher alleinigen Vorsitzenden rechtzeitig einen zweiten Vorstand an die Seite zu stellen ist angesichts wachsender Anforderungen und steigender Aufgabenzahl ein Weg, den wir im Interesse der Kreisanstalt mitgehen.

Die Nachbesetzung und ggf. diskutierte Fragen dazu liegen nicht in der Zuständigkeit unseres Gremiums, wir sind jedoch gerade vor dem Hintergrund des allseits spürbaren Fachkräftemangels sicher, dass der Verwaltungsrat als zuständige Instanz hier mit Sorgfalt und Überzeugung zu Werke ging.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.